

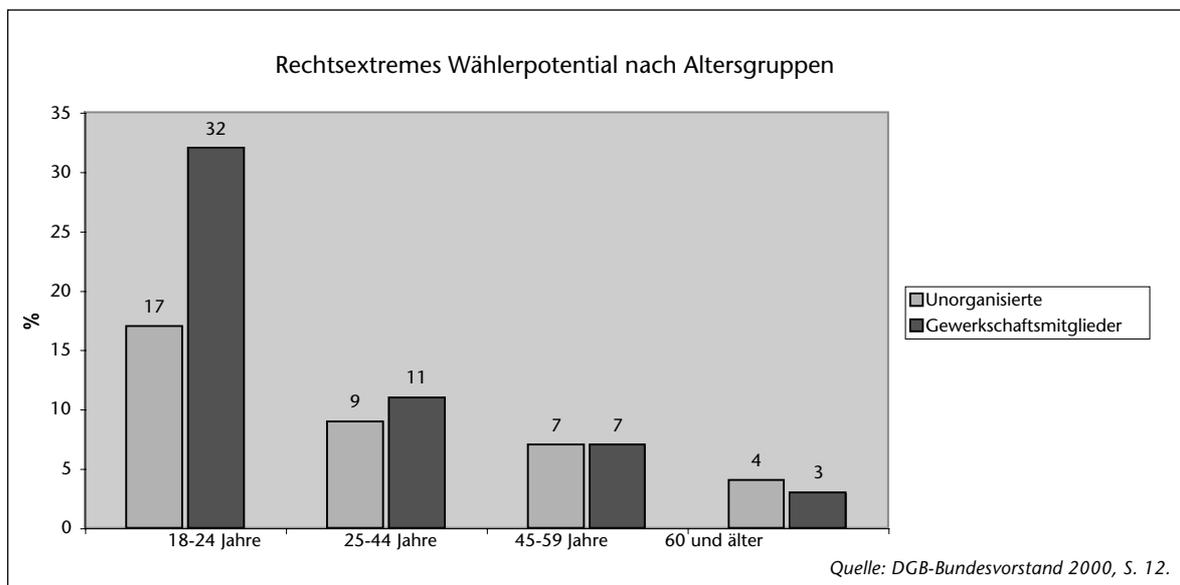
Warum rechte Einstellungen zunehmen – auch in Gewerkschaften

Die Gewerkschaften gehören in der BRD aufgrund ihres historisch gewachsenen Selbstverständnisses zu den wichtigsten Akteuren im Kampf gegen den anwachsenden Rechtsextremismus. Diesem Selbstverständnis folgend wurden die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften lange Zeit resistent gegenüber Rechtsextremismus und Rassismus gehalten. In der Tat: Bis in die 80er Jahre hinein schien die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft gegen nationalistisches, rassistisches und autoritäres Gedankengut zu immunisieren. So bescheinigte etwa die Sinus-Studie aus dem Jahr 1981 Gewerkschaftsmitgliedern eine stärkere Resistenz gegenüber rechtsextremen Einstellungen (Sinus-Studie 1981: 90).

Erst Ende der 90er Jahre ist jedoch eine verstärkte gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Orientierungen innerhalb der eigenen Mitgliedschaft festzustellen. 1995 erschien eine alarmierende Jugendstudie, die gewerkschaftlich organisierten Auszubildenden eine höhere Anfälligkeit für Rechtsextremismus als nicht-organisierten bescheinigte. Gewerkschaftsmitgliedschaft schien keine Barriere mehr gegenüber rechtsextremen Orientierungen darzustellen. Neben den zunehmenden Versuchen rechtsextremer Kräfte, gewerkschaftliche Felder wie z. B. die 1. Mai-Feierlichkeiten zu besetzen, veranlasste dies den Deutschen Gewerkschaftsbund 1998, eine Kommission zu dieser Problematik einzusetzen. Ihr Auftrag bestand darin, sich mit Formen und Ursachen des Rechtsextremismus sowie gewerkschaftlichen Handlungsvorschlägen zu befassen (DGB-Bundesvorstand 2000).

Rechtsextremes Wählerpotential unter Gewerkschaftsmitgliedern

Nur kurze Zeit nach ihrer Einsetzung unterstrich eine im Auftrag des WDR erstellte Infratest dimap-Studie die Bedeutung der eingerichteten Kommission. Die Studie richtete ihr Augenmerk auf das rechtsextreme Wählerpotential unter Gewerkschaftsmitgliedern. Sie kam dabei zum Ergebnis, dass der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder, die sich vorstellen können, bei der kommenden Bundestagswahl ihre Stimme DVU, NPD oder REP zu geben, deutschlandweit bei 11 % liege. Der Anteil bei den nichtorganisierten Wahlberechtigten war mit 7 % deutlich niedriger. Besonders alarmierend war das Ergebnis bei den jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern: 32 % aller Gewerkschaftsmitglieder im Alter von 18–24 Jahre erwägen demnach die Wahl einer rechtsextremen Partei. Mit 17 % ist das rechtsextremistische Wählerpotential bei den gleichaltrigen Unorganisierten zwar auch überdurchschnittlich hoch, allerdings ist es nur halb so hoch, wie bei den jungen Gewerkschaftsmitgliedern. Mit zunehmenden Alter nimmt die Neigung, eine rechtsextreme Partei zu wählen, bei beiden Gruppierungen ab. Bei den über 45-jährigen lässt sich hinsichtlich des rechtsextremen Wählerpotentials auch kaum mehr ein Unterschied zwischen Organisierten und Unorganisierten feststellen. Die Studie zieht daher das Fazit, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zumindest keine Barriere mehr für die Wahl einer rechtsextremen Partei darstellt (Dammann 1999).



Das in der Untersuchung ermittelte Wählerpotential unter Gewerkschaftsmitgliedern konnten die Rechts-Außen-Parteien bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 schliesslich doch nicht für sich verbuchen. Das reale Wahlverhalten unterschied sich erheblich vom Wählerpotential. Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder, der für eine rechtsextreme Partei stimmte, war mit bis zu 4 % nur ein Teil des möglichen Wählerpotentials unter den Mitgliedern. Doch die Erleichterung seitens des DGB nach dem Wahldebakel der Rechtsextremen bei den Bundestagswahlen birgt die Gefahr einer Beschönigung. Die Untersuchung verdeutlicht eindrucksvoll, was für ein Potential rechtsextreme Parteien unter Gewerkschaftsmitgliedern mobilisieren können und lässt vermuten, welche dahinterstehenden Orientierungen viele Gewerkschaftsmitglieder haben.

Rechte Orientierungen unter jungen Gewerkschaftsmitgliedern

Die Infratest dimap-Studie erfasst mit dem ermittelten Wählerpotential nur die Dimension rechtsextremen Verhaltens. Über die vorgelagerten Einstellungsmuster kann sie keine Auskunft geben. Nationalistische, rassistische und autoritäre Orientierungen haben gesellschaftliche Ursachen. Sie sind bis hinein in die Mitte der Gesellschaft verankert und müssen sich nicht zwangsläufig in rechtsextremen Wahlverhalten niederschlagen. So ist das rechtsextreme Einstellungspotential allgemein größer einzuschätzen als das rechtsextreme (Wahl-)verhalten.

Zwischen 1993 und 1995 untersuchte das Autorenteam Held / Horn / Marvakis politische Orientierungen bei jungen ArbeitnehmerInnen (Held / Horn / Marvakis 1996). In ihrer Studie werden rechte Orientierungen, zu denen sie Autoritarismus, Nationalismus und Rassismus zählen, und als Gegenpol eine 'internationalen Orientierung' erhoben. Als autoritäre Orientierung beschreiben die Autoren weniger die Unterordnung unter einen „Führer“, als vielmehr die Unterordnung unter vorherrschende dominante gesellschaftliche Normen, Werte und Ordnungsvorstellungen. Diese Anpassung und Hinwendung zu bestehenden Werten und Normen gilt den Autoren als Ausdruck eines Konventionalismus, der oftmals mit Ausgrenzung einher geht. So scheint Ausgrenzung von Anderen dann als gerechtfertigt, wenn sie Anpassungsforderungen (z. B. Kleidung, Aussehen Sprachkenntnisse, Qualifikationen) nicht entsprechen. Als rassistische Orientierung bezeichnen sie Positionen, die biologische Unterschiede zwischen Menschengruppen zum Ausgangspunkt für Abwertung und Ausgrenzung machen. Nationale Orientierungen differenziert die Studie in eine ausgrenzend-nationale, eine völkisch-nationale und eine expansiv-nationale Position. Die ausgrenzend-nationale Orientierung geht von einer vermeintlichen sozialen Bedrohung durch AusländerInnen aus. Dies drückt sich z. B. in der Auffassung aus, dass „AusländerInnen den Deutschen etwas wegnehmen“. Die völkisch-nationale Orientierung verweist auf die sogenannten nationalen Eigenschaften wie Fleiß, Tüchtigkeit und Ordnung. AusländerInnen haben sich danach an diese angeblich „deutschen Eigenschaften“

Mittelwerte der politischen Orientierungsskalen organisierter und nicht organisierter Jugendlicher

Politische Orientierung	Gewerkschaftlich organisierte Azubis	Unorganisierte Azubis	Bedeutsamkeit des Unterschieds
Internationale Orientierung	3,17	2,93	hoch bedeutsam (signifikant)
Autoritarismus	2,66	2,82	hoch signifikant
Nationale Orientierung	3,34	3,54	Signifikant
Rassistische Orientierung	4,13	4,41	hoch signifikant
Ausgrenzend nationale Orientierung	3,17	3,46	hoch signifikant
Völkisch nationale Orientierung	3,12	3,33	Signifikant
Expansiv nationale Orientierung	3,86	4,02	nicht signifikant

*Ein größerer Skalenwert bedeutet eine geringere internationale Orientierung. Bei den folgenden Orientierungen bedeutet ein geringerer Wert eine größere Orientierung in die jeweilige Richtung.

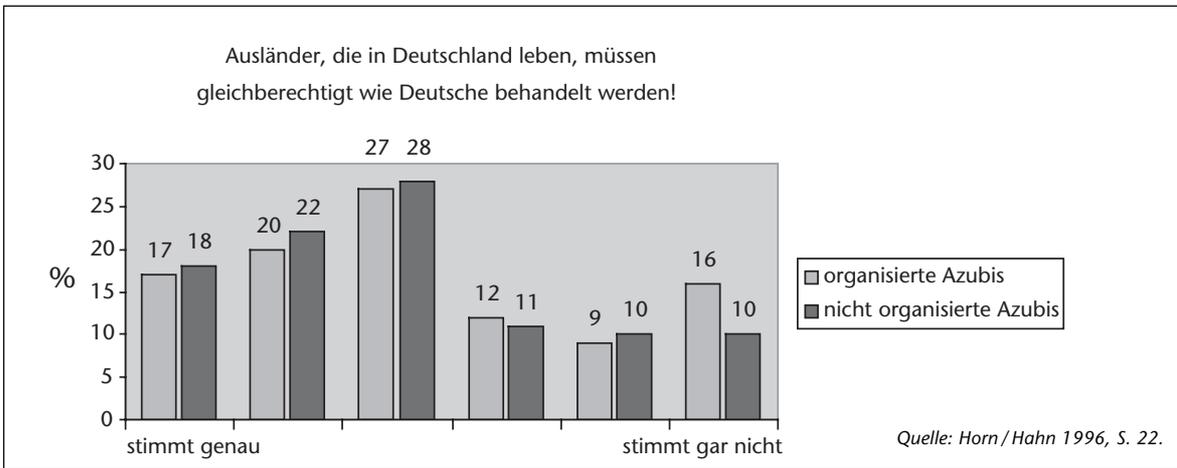
Quelle: Horn/Hahn (1996), S. 28.

anzupassen. Die expansiv-nationale Orientierung sagt aus, Deutschland müsse (z. B. hinsichtlich Gebietsansprüchen) über die eigenen Grenzen hinaus aktiv werden (Horn / Hahn 1996: 10 ff.).

Die Autoren stellten fest, dass jugendliche Gewerkschaftsmitglieder stärker zu rechten Orientierungen neigen, als ihre unorganisierten KollegInnen. Sie stimmten autoritären und rassistischen Positionen deutlicher zu. Auch bei den nationalen Orientierungen zeigten sich Abweichungen zwischen den untersuchten Personengruppen. Während sich beim expansiven Nationalismus keine bedeutsamen Unterschiede zwischen beiden Gruppierungen ergaben, zeigte sich beim ausgrenzenden sowie beim völkischen Nationalismus eine stärkere Zustimmung durch jugendliche Gewerkschaftsmitglieder.

Der Unterschied zwischen organisierten und nicht-organisierten jungen ArbeitnehmerInnen wird in der Studie an zwei Beispielen besonders deutlich. Der Aussage „Ausländer, die in Deutschland leben, müssen gleichberechtigt wie Deutsche behandelt werden“ stimmten Mitte der 90er Jahre beide Gruppierungen überwiegend zu. Während sich bei der vollen Zustimmung zu dieser Aussage organisierte und unorganisierte Jugendliche kaum voneinander unterschieden, wichen die Zahlen bei der strikten Ablehnung der Position voneinander ab. 16 % der jungen Gewerkschaftsmitglieder nahmen die Extremposition ein, dass hier lebende Ausländer nicht gleichbehandelt werden sollten, wie Deutsche. Bei den unorganisierten Jugendlichen stimmten nur 10 % dieser Aussage zu. Wird die Gleichbehandlung genauer beschrieben, nimmt die ablehnende Haltung weiter zu. Nur noch die Hälfte der jungen Gewerkschaftsmitglieder räumte ausländischen ArbeitnehmerInnen das gleiche Arbeitsrecht ein, während sich die andere Hälfte dagegen aussprach. Bei den Unorganisierten sprachen sich 60 % für und 40 % gegen ein gleiches Arbeitsrecht aus (Horn / Hahn 1996: 21 f.).

Als Gegenpol zu rechten Orientierungen untersuchen Held / Horn / Marvakis die internationale Orientierung. Unter einer internationalen Orientierung verstehen sie die Wahrnehmung von Verantwortung z. B. für soziale Mißstände und Armut in der ganzen Welt. Eine solche Position wurde von ge-



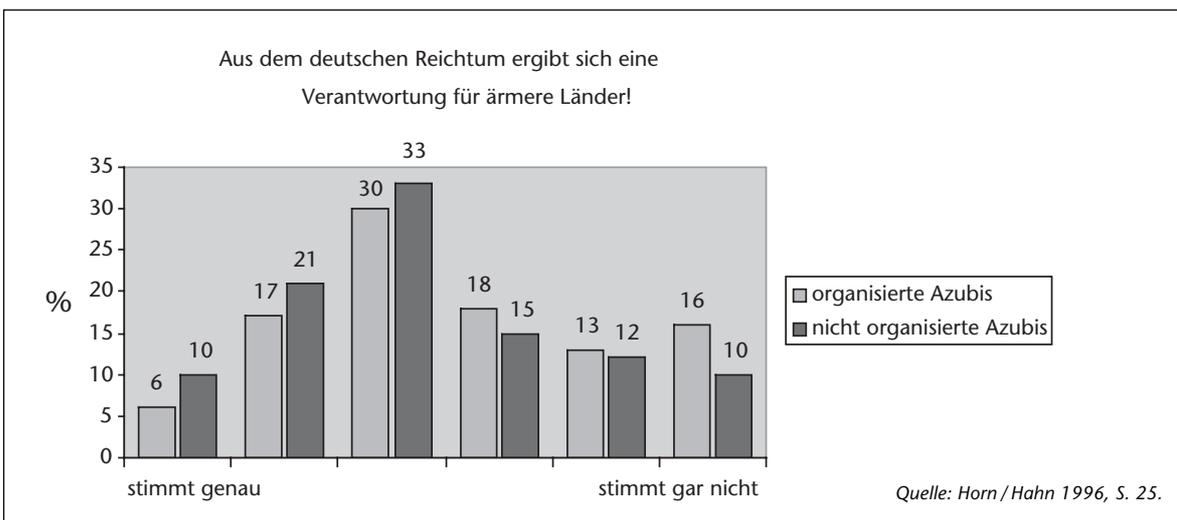
werkschaftlich organisierten Jugendlichen weniger geteilt als von unorganisierten Jugendlichen. 53 % der jungen Gewerkschaftsmitglieder waren eher der Meinung, dass sich aus dem deutschen Reichtum eine Verantwortung für ärmere Länder ergebe. Bei den Nichtmitgliedern stimmten 64 % tendenziell dieser Aussage zu. Eine internationale Verantwortung Deutschlands lehnten 16 % der Organisierten vollkommen ab, bei den Nichtorganisierten waren dieses nur 10 % (Horn / Hahn 1996: 25).

Bedürfnis nach Sicherheit vor Konkurrenz

Ein Grund für die unterschiedlichen Ergebnisse zwischen unorganisierten und organisierten ArbeitnehmerInnen sehen die Autoren in dem Sachverhalt, dass deutlich mehr männliche als weibliche Auszubildende in den Gewerkschaften vertreten sind. Da diese nach der Studie stärker zu rechten Orientierungen neigen als junge Frauen, ist hierin ein Indiz zu sehen, weshalb jugendliche Gewerkschaftsmitglieder besonders aufgeschlossen gegenüber rechten Orientierungen sind. Dieses kann zwar die abweichenden

Befunde bei den untersuchten Personengruppen zum Teil erklären, ändert aber nichts daran, dass rechte Orientierungen in den Gewerkschaften gerade wegen der Überrepräsentanz männlicher Mitglieder stärker vertreten sind (Horn / Hahn 1996: 29 ff).

Aber selbst wenn die Ungleichverteilung der Geschlechter statistisch berücksichtigt wird, bleibt dennoch eine Tendenz bestehen, nach der jugendliche Gewerkschaftsmitglieder stärker zu politisch rechten Orientierungen tendieren als Nicht-Mitglieder. Eine weitere Erklärung für die Ergebnisse sehen Held / Horn / Marvakis in der den Gewerkschaften zugeschriebenen Schutzfunktion. Fast die Hälfte aller gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen fühlt sich im besonderen Maße durch eine mögliche Arbeitslosigkeit bedroht. Bei den Unorganisierten trifft dies nur für 26 % zu. Den Schutz vor Bedrohung erhoffen sich die Gewerkschaftsmitglieder offensichtlich von ihrer Organisation. Die Autoren stellten bei den jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern im Bedürfnis nach Sicherheit auch einen Hang zu Ausgrenzungen fest. Demnach würden die Befragten die Gewerkschaft als Schutzorganisation zur Sicherung eigener Privilegien verstehen, deren Schutz von der Nationalität abhängig sei. Dass laut der Erhebung



ausländischen KollegInnen nicht das gleiche Arbeitsrecht zugestanden wird wie Deutschen, könnte diese These stützen (Horn 1995: 494).

Ergebnisse der IGM-Jugendstudie 2002

Mit der 2002 veröffentlichten Jugendstudie der IG Metall überprüften Bibouche und Held die Ergebnisse der Mitte der 90er Jahre erstellten Untersuchung von Held, Horn und Marvakis. In der ähnlich angelegten Studie ließen sich zu ihrer eigenen Überraschung kaum noch Unterschiede zwischen gewerkschaftlich organisierten und nichtorganisierten Jugendlichen feststellen. Bei den nationalen, rassistischen und autoritären Orientierungen wichen die untersuchten Gruppen nicht mehr bedeutend voneinander ab. Nichtmitglieder wurden nationalistischer, und Mitglieder zeigten sich weniger rassistisch und autoritär.

Bei den nationalen Orientierungen haben sich die Werte der Nichtgewerkschaftsmitglieder an die alarmierenden und seit 1995 in etwa gleich gebliebenen Werte der Gewerkschaftsmitglieder angenähert. Hingegen haben die rassistischen und autoritären Orientierungen bei den organisierten ArbeitnehmerInnen abgenommen und sich den Werten der nichtorganisierten KollegInnen angeglichen (Bibouche / Held 2002, S. 59).

Die mit der IG Metall-Jugendstudie festgestellte Angleichung der politischen Orientierungen von jungen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern erklären die Autoren damit, dass der mit der Globalisierungsdebatte einhergehende Ausgrenzungsdiskurs sich in den letzten Jahren verallgemeinert habe.

Eine nationale Antwort auf die fortschreitende Globalisierung scheint nun für jugendliche ArbeitnehmerInnen generell attraktiv zu sein. Dieses Ergebnis stimmt mit dem Ergebnis der 95er Studie überein, dass nationale und autoritäre Orientierungen unter den west- und ostdeutschen Jugendlichen insgesamt seit 1993 signifikant zugenommen haben. Nur die Sensibilität gegenüber rassistischen Äußerungen scheint seitdem gewachsen zu sein (Bibouche / Held 2002, S. 59 f.).

Perspektiven

Betrachtet man die Ergebnisse der Studien, so wird für die Bildungsarbeit eine sehr deutliche Schlussfolgerung sichtbar: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit sollte stärker als bisher nationale und autoritäre Orientierungen in den Blick nehmen. Die Studien weisen aber auch auf Probleme, die in der Bildungsarbeit allein nicht gelöst werden können. Die in den Studien von Held / Horn / Marvakis und Bibouche / Held ermittelten rassistischen, nationalen und autoritären Orientierungen haben ihre Ursachen in gesellschaftlichen Strukturen. Aufgabe gewerkschaftlicher Politik muss es sein, diese Strukturen zu hinterfragen und auf sie verändernd einzuwirken. Dabei ist auch zu überprüfen, inwieweit eigene politische Forderungen und Positionen der Gewerkschaften rechten Orientierungen der Mitgliedschaft Vorschub leisten.

Rechte Orientierungen bei jungen ArbeitnehmerInnen 1993 und 1999

Index	Jahr	Zustimmung	%	Ablehnung		
Nationale Orientierung	1993	3,1	12,6	30,8	33,7	19,7
	1999	5,5	22,9	41	23,3	7,3
Autoritäre Orientierung	1993	16,3	38,4	29,6	11	4,8
	1999	20	41,9	28	5,9	4,3
Rassistische Orientierung	1993	1,3	4,3	17,9	26,1	50,3
	1999	1,5	2,6	15,1	20,4	60,4

Quelle: Bibouche/Held 2002, S. 13 ff.

Christoph Butterwegge kritisiert in diesem Zusammenhang das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“. Es fördere standortnationalistische Positionen, da es Solidarität auf ein nationales, scheinbar jenseits von Klasseninteressen organisiertes Bündnis beschränke, welches sich in der „Schlacht um den Weltmarkt“ gegen die äußeren Feinde durchsetzen müsse (Butterwegge 2001, S. 56 f.). Der Schritt von einer nationalistischen Standortpolitik zu Parolen wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“ ist folglich nicht weit.

Einer solchen Praxis sollten Gewerkschaften ein Solidaritätsverständnis entgegensetzen, das sich auf alle lohnabhängigen Menschen bezieht. Ein solches internationales Solidaritätsverständnis könnte dem mit der Globalisierungsdebatte einhergehenden Ausgrenzungsdiskurs entgegenwirken. Ein solcher Solidaritätsbegriff verwirft auch das von Held / Horn / Marvakis problematisierte Verständnis von Gewerkschaften als „Versicherungsorganisation“, von dem sich junge Mitglieder Schutz gegenüber ausländischer Konkurrenz erhoffen. Gewerkschaften müssen sich, wenn sie rechtsextremen Orientierungen entgegenwirken wollen, wieder verstärkt ihrer Rolle als gesellschaftspolitischer Akteur (zum Beispiel in Fragen von demokratischer Gestaltung der Gesellschaft, der rechtlichen Gleichstellung aller Menschen, Einsetzen für Frieden und Gerechtigkeit weltweit) zuwenden und sich damit auch in ihrer täglichen Praxis solidarisch positionieren.

Literatur:

- Bibouche, Seddik / Josef Held (2002): Die IG-Metall Jugendstudie. Neue Orientierungen und Engagementformen bei jungen Arbeitnehmern / innen. o. O.
- Butterwegge, Christoph (2001): Rechtsextremismus, Standortnationalismus und Gewerkschaften. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 11–12, S. 726–730.
- Dammann, Claudia (1999): DGB-Mitgliedschaft: Keine Barriere gegen Rechts. Analyse des rechtsextremen Wählerpotentials unter Gewerkschaftsmitgliedern und ihres Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998. In: Jens Mecklenburg (Hg.): Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Berlin.
- DGB-Bundesvorstand (2000): Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus. Berlin 2000.
- Held, Josef / Hans-Werner Horn / Athanasios Marvakis (1996): Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen. Opladen.
- Horn, Hans-Werner (1995): No time for losers. Rechte Orientierungen gewerkschaftlich organisierter Jugendlicher. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 8, S. 484–496.
- Horn, Hans-Werner / Reinhard Hahn (1996): Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen. Sonderdruck Ideen für den IG-Metall Vorstand. Weinheim.
- Sinus-Studie (1981): 5 Millionen Deutsche: „Wir wollen wieder einen Führer haben ...“. Sinus-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek.